Welche Etappen der Entwicklung verfolgt die bundesweite Knast-Gewerkschaft?

Eine Ausweitung der GG/BO auf JVAs im gesamten Bundesgebiet hat – von der JVA Berlin-Tegel ausgehend – schnell stattgefunden. In einem halben Dutzend Knästen kann die GG/BO über ihre Sprecher Präsenz zeigen. In etlichen Weiteren bestehen teils enge Kontakte zu Inhaftierten. Das Ziel ist klar: in keiner JVA soll die „soziale Schutzmacht" der GG/BO fehlen.

Um ein inter-gewerkschaftliches Netzwerk zu schaffen, werden mit engagierten Gewerkschafter_innen aus den Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und den Basis-Gewerkschaften wie der Freien Arbeiter- und Arbeiterinnen Union (FAU) sowie den Industrial Workers of the World (IWW) wahlweise lockere oder engere Kooperationsverhältnisse eingegangen. Die GG/BO stellt sich hinsichtlich ihrer (potentiellen) Kooperationspartner_innen pluralistisch auf.

Vorrangig geht es darum, die GG/BO-Forderungen und -Zielsetzungen im heterogenen Gewerkschaftsspektrum vorzustellen und „salonfähig" zu machen.
In den Vorständen und im Mittelbau der Einzelgewerkschaften des DGB sind augenblicklich gewisse Berührungsängste wahrzunehmen. Allerdings häufen sich die Solidaritätserklärungen aus den Basisstrukturen insbesondere von ver.di (ver.di-Jugend, Erwerbslosenausschüsse etc.) zusehends.

Die von der GG/BO angeschobenen Initiativen innerhalb der Knäste werden erst dann erfolgversprechend, wenn sie durch zahlreiche und kontinuierliche Unterstützungsleistungen außerhalb derselben flankiert werden. Zwei sozialpolitische GG/BO-Forderungen stehen aktuell im Mittelpunkt: erstens der allgemeine flächendeckende gesetzliche Mindestlohn für Gefangenenarbeit und zweitens eine Rentenversicherung für Inhaftierte.

Diese formulierten sozialreformerischen Forderungen von Gefangenen sind bis tief ins liberale Milieu hinein konsens- und gesamtgesellschaftlich mehrheitsfähig.

Im Grunde wird mit diesem Forderungskatalog lediglich auf den Gleichbehandlungsgrundsatz rekurriert, Menschen in Haft jene arbeits- und sozialrechtlichen Standards zukommen zu lassen, die vor den Schleusen der JVA´s Allgemeingut sind. Die gewerkschaftspolitische Tätigkeit der GG/BO bleibt zunächst auf diese beiden Aspekte konzentriert.

Mit diesen klar umrissenen und leicht nachvollziehbaren Mindestforderungen will sich die gewerkschaftliche Interessenvertretung sowohl innerhalb der Schar der Gefangenen als auch außerhalb der „Parallelwelt Knast" plausibel machen. Zudem entspricht diese Linie der momentanen Mobilisierungsfähigkeit einer knastspezifischen Gewerkschaftsinitiative, die ohne Starthilfe und Anschubfinanzierung von außen auskommen musste, was ihr allerdings auch den Nimbus zuteil werden lässt, authentisch zu sein.

Fraglos ist, dass etappenweise über den Weg des Mindestlohns und der Rentenversicherung für Knastinsass_innen die uneingeschränkte Gewerkschaftsfreiheit in der Unfreiheit der Haft erreicht werden soll. Die Erringung der Versammlungsfreiheit von gefangenen Gewerkschafter_innen und die Durchsetzung der Tariffähigkeit im Vollzug der Anstalten stehen dabei weit oben auf der Agenda.

Ist die volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern durchsetzbar?

Die GG/BO berührt offenkundig neuralgische Punkte des bundesrepublikanischen Strafvollzugs. Ein selbstbewusstes Auftreten von Inhaftierten ist im durchreglementierten Vollzugsleben nicht vorgesehen. Es ist aber nicht mehr die Frage, ob eine Organisierung von arbeitenden Gefangenen möglich ist – sie ist möglich und zugleich notwendig, um gegen Lohndumping und Billiglöhnerei in den Haftanstalten politisch und juristisch vorzugehen.

Die staatlich sanktionierte Preisdrückerei in der Betriebswelt hinter Gittern wird von den Anstaltsleitungen als Wettbewerbsvorteil angepriesen. Knäste werden so zu Sonderwirtschaftszonen, in denen arbeits- und sozialrechtliche Standards faktisch ausgehebelt werden können. Konzerne funktionalisieren Knäste als verlängerte Werkbank und lagern bestimmte Tätigkeiten in die JVA-Betriebe aus. Im Zuge der Teilprivatisierung von JVA´s, wie beispielsweise in Burg in Sachsen-Anhalt, wird an der Akkord-Schraube der zu produzierenden Stückzahl durch beschäftigte Inhaftierte massiv gedreht.
Die bundesdeutsche Variante des Prison Industrial Complex (PIC) ist bereits in Teilen Realität.
Dieser Tendenz ist vor Ort durch die arbeitenden Gefangenen im direkten Verbund mit ihren nicht einsitzenden Unterstützer_innen und Kolleg_innen entgegenzutreten. Die GG/BO stellt trotz ihrer geringen Kapazitäten und kurzen Lebensdauer bereits jetzt einen Faktor dar, um im Sinne einer interventionsfähigen gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu wirken.

Das Engagement gegen prekäre Arbeitsverhältnisse kann nicht vor den Stahltoren der Haftanstalten Halt machen. Es gehört zu den ureigenen Aufgaben selbstorganisierter (basis-)gewerkschaftlicher Initiativen, solche Zustände nicht nur anzuprangern, sondern Wege und Mittel der Skandalisierung zu finden, um diese letztlich abzuschaffen. Eine Hebung der ökonomischen Klassenlage ist dabei ein Minimalziel, dem die Betroffenen u. a. durch eine Verteuerung ihrer verbrauchten Arbeitskraft näher kommen können.

In der Zielstellung geht es der GG/BO um die Erlangung aller Gewerkschaftsrechte hinter Schloss &

Rubrik: Knast

Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 15.5.15 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her mit den Adressen.

Kontakt: knast@gruenes-blatt.de

Neue Postadresse:
grünes blatt
Arndtstr. 37
38118 Braunschweig